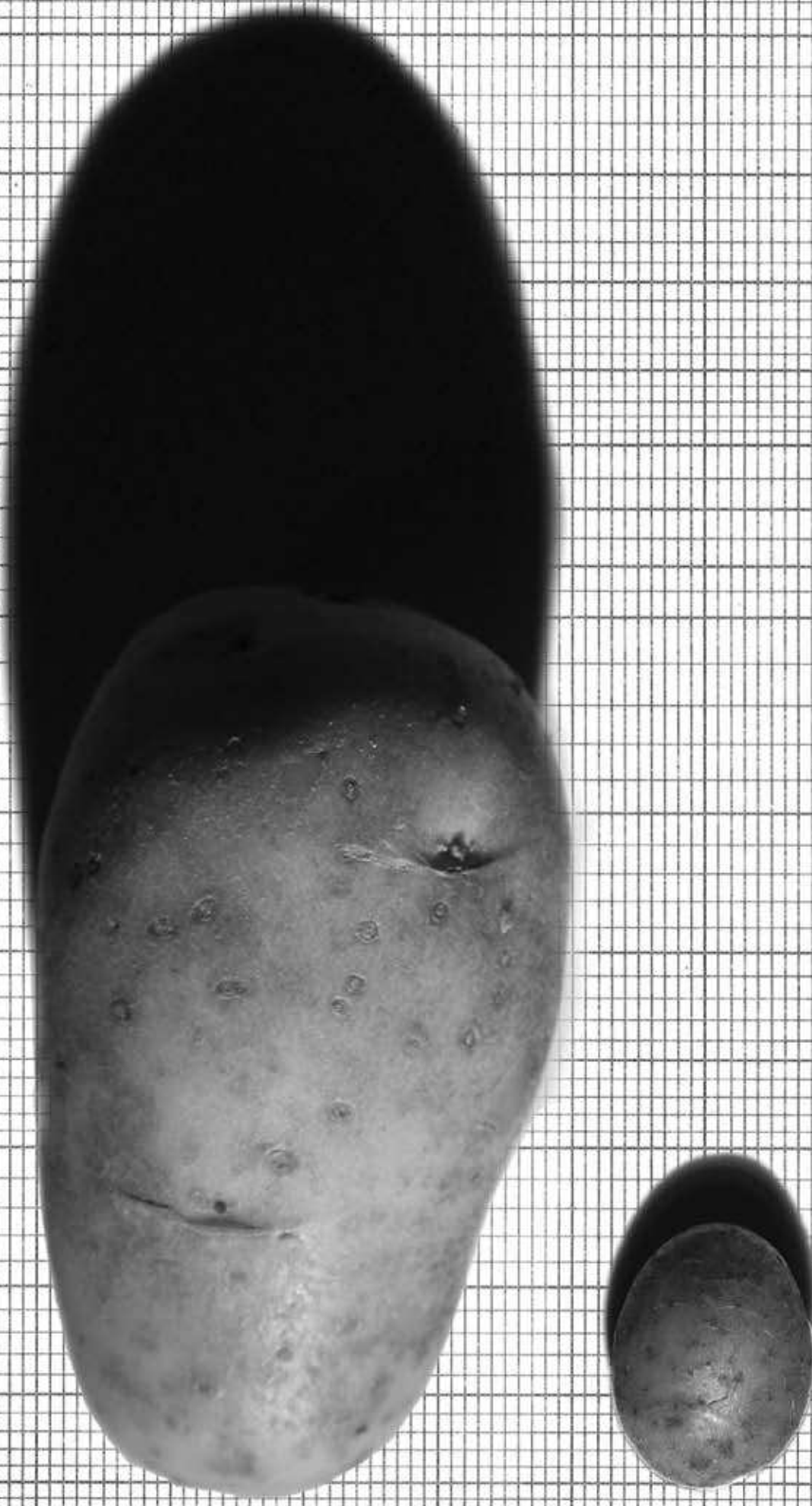


rundbrief



Schwerpunkt
Lohngerechtigkeit

Abstimmungen
vom 24. November 2013

Editorial

Lohngerechtigkeit

Die Wochenzeitung (WOZ) hat einen konsequenten Ansatz gewählt. Alle Angestellten, egal in welcher Funktion, erhalten den selben Lohn. Camille Roseau Verantwortliche für Marketing und Werbung bei der WOZ meint: «Da wir keine formalen Hierarchien haben, erübrigt sich auch die Frage nach mehr Lohn, wenn jemand mehr Verantwortung übernimmt.» und weiter «Lohnerhöhungen gibt es nur, wenn es für alle reicht.» Die Idee hinter dem Einheitslohn: Die Arbeit aller Mitarbeitenden ist gleich viel wert. Probleme gibt es laut Camille Roseau nur vereinzelt, wenn spezialisierte Personen gesucht werden. Der Ansatz sei aber intern absolut unbestritten.

Was bei der WOZ funktioniert, können sich andere Organisationen und Firmen wohl nicht vorstellen. Weitgehend unbestritten und gesellschaftlich breit akzeptiert ist, dass Frauen und Männer mit gleicher Qualifikation und gleicher Aufgabe auch gleich viel verdienen. Die Realität zeigt leider ein anderes Bild. Konkret greift die JUSO mit der 1:12 Initiative die teilweise überbordenden Managergehälter an. Es gibt aber auch bei den Grünen Skeptiker, die in den Initiativen zu Mindestlohn und 1:12 nicht das perfekte Allheilmittel sehen.



*Andreas Kappeler
Sekretariat Grüne
Emmen*



Mindestlohn-Initiative

Arbeit muss sich wieder lohnen

Die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften verlangt Löhne, die zum Leben reichen. Gleichzeitig stärkt sie die Gesamtarbeitsverträge (GAV) und vermindert die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Während die hohen und höchsten Löhne explodiert sind, muss in der reichen Schweiz mehr als jeder zehnte Arbeitnehmende zu einem Lohn arbeiten, der selbst bei einer Vollzeitstelle oft nicht zum Leben reicht. Über 430'000 Personen arbeiten zu Tiefstlöhnen unter 4000 Franken im Monat. Rund ein Drittel davon absolvierte eine Berufslehre, etwa als Verkäuferin, Bäcker oder Floristin. Die Beispiele zeigen, dass Frauen besonders unter

tiefen Löhnen leiden. Sie sind mit 15,8% fast drei Mal häufiger betroffen als die Männer.

Kein Lohn unter 4000 Franken

Hier setzt die Mindestlohn-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an. Um die Lohnsituation der Betroffenen zu verbessern, fordert sie einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde, was einem Monatslohn von etwa 4000 Franken entspricht. Die Schweiz hinkt in Sachen Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern dem Verfassungsauftrag weit hinterher. Ohne Mindestlöhne wird sich daran auch in den nächsten Jahren nichts nachhaltig ändern.

Tiefe GAV-Abdeckung

Im Kampf gegen die Initiative übt sich der Bundesrat für einmal nicht nur im Schwarzmalen, auch wenn hier (unbegründet) mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen gedroht wird. In seiner Botschaft spricht er von einem «ausgezeichneten Funktionieren der Sozialpartnerschaft», was reine Schönfärberei ist. In der Realität ist die GAV-Abdeckung in der Schweiz deutlich tiefer als der OECD-Durchschnitt. Nur 36% aller Arbeitnehmenden sind einem GAV mit festgeschriebenem Mindestlohn unterstellt. Wollen wir die Lohnfestsetzung der restlichen 64% nicht alleine den «Patrons» überlassen, braucht es einen gesetzlichen Mindestlohn.

Mindestlöhne auch für Tieflohnbranchen

Der gesetzliche Mindestlohn greift nur dort, aber immerhin dort, wo sich Arbeitgeber der Sozialpartnerschaft verweigern. Beispielsweise bei den Schuhhändlern, deren Präsident behauptet, dass Mindestlöhne – egal welcher Höhe – Gleichmacherei und eine DDR-Methode sei. Oder bei regional verankerten Firmen wie Calida, Hug oder Emmi, die sich strikt gegen einen GAV wehren. In wachsenden Tieflohnbereichen wie den Callcentern, Kosmetikinstituten, Fitnesscentern und Kurierdiensten gibt es zudem gar keine Arbeitgeberverbände, mit denen ein GAV abgeschlossen werden könnte. Die Situation der dort arbeitenden Personen verbessert sich nur mit einem gesetzlichen Mindestlohn. Er soll da greifen, wo ein GAV nicht möglich ist. Denn auch da müssen die Löhne zum Leben reichen! Die Mindestlohninitiative sorgt dafür, dass sich die Arbeit auch in den unteren Lohnsegmenten wieder lohnt.



*Marcel Budmiger
Geschäftsführer Luzerner Gewerkschaftsbund
Luzern*



1:12 Initiative

Gemeinsam für gerechte Löhne!

Wenn ich in diesen Tagen durch Luzern fahre, dann entdecke ich an immer mehr Häusern die 1:12-Fahne. Das ist nicht nur eine gute Werbung, es ist vor allem auch die Verkörperung, wie wir uns Demokratie vorstellen. Nicht ein paar Grosskonzerne die von den politischen Laufburschen plakatieren lassen, sondern einzelne Menschen, die die Debatte prägen.

In der Schweiz bekommt der Grossteil der Bevölkerung immer weniger vom Kuchen. Die Vermögensschere beweist dies eindrücklich: Seit circa 30 Jahren geht sie immer weiter auseinander. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt über die Hälfte des gesamten Vermögens. Ein Grund dafür, dass der Besitz immer ungerechter verteilt ist, liegt bei den Löhnen. Innerhalb von 10 Jahren sind die Löhne der Bestverdienenden um knapp 20 Prozent gestiegen, die tiefen und mittleren Löhne nur um circa 5 Prozent. Die Abzocker zahlen sich also immer höhere Gehälter aus, währenddessen der restlichen Bevölkerung der Lohnanstieg von wachsenden Mietpreisen und Krankenkassenprämien weggefressen wird. Die einen führen sich auf wie in einem Selbstbedienungsladen und greifen tief in den Lohntopf, für alle anderen bleibt so immer weniger. Die Ungleichheit in der Schweiz und weltweit wird stetig grösser. Das spottet der grossen Mehrheit – ohne deren harte Arbeit die Manager keinen Franken verdienen würden.

1:12 Initiative will dieses Problem angehen

Genau da setzen wir an. Mit der 1:12-Initiative legen wir gemeinsam fest, dass niemand in einem Jahr weniger als ein Topmanager im Monat verdienen darf. Mit dieser einfachen und griffigen Regel stoppen wir die Abzocker und schaffen gerechte Löhne. Managersaläre können künftig nur noch im Gleichschritt mit den Löhnen aller anderen steigen. Der CEO kann nicht mehr Geld in die eigene Tasche fliessen lassen ohne gleichzeitig den Lohn des Sekretärs anzuheben.

1:12
ABZOCKER STOPPEN
 GERECHTE LÖHNE SCHAFFEN

Mit der 1:12-Initiative bewegen sich die Managerlöhne wieder auf einem vertretbaren Niveau und die Ungleichheit sinkt. Das gibt der Mehrheit in diesem Land nicht nur mehr Respekt, sie erhält vor allem wieder ein grösseres Stück vom Kuchen.

Gegner mit schwachen Argumenten

Die Gegner haben in den letzten Wochen keine Möglichkeit ausgelassen um mit wirren Zahlenspielerien und Studien die Debatte zu vernebeln. Sie wiederholen die gleichen leeren Drohungen wie vor jeder Vorlage, die mehr soziale Gerechtigkeit verlangt. Ihr grösstes Problem an dieser

Abstimmung ist aber ein anderes: Sie ertragen es nicht, dass sich das Volk tatsächlich erfreuen könnte der Wirtschaft wieder Spielregeln zu geben, anstatt sich diese von ein paar Top-Managern diktieren zu lassen.

Ein Ja zur 1:12-Initiative ist ein Ja für mehr Verteilungsgerechtigkeit, aber auch für mehr Demokratie.



David Roth
 Kantonsrat SP
 Präsident JUSO Schweiz
 Luzern

Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»

Parole:

Ja



Lohnungleichheit und Gender

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im Kanton Luzern

Im Jahr 2006 postulierte unser damalige Grossrat Peter Lerch eine Erhebung zur Lohnungleichheit im Kanton Luzern. Der Regierungsrat versprach, bei der Lohnstrukturerhebung 2010 Aussagen zur Situation des Kantons Luzern aufzubereiten. Das Versprechen wurde nun 2012 eingelöst und von LUSTAT publiziert.

Luzerner Frauen verdienen im privaten Sektor 18,7 Prozent weniger als Männer. Auf der Lohnabrechnung der Frauen sind im Durchschnitt jeden Monat 1137 Franken weniger als bei den Männern. 54 Prozent des Lohnunterschiedes basieren auf erklärten Gründen. 46 Prozent – oder 523 Franken jeden Monat – beruhen auf diskriminierenden Faktoren.

Erklärungen

Neben persönlichen Merkmalen wie Ausbildung oder berufliche Position oder Arbeitsplatzanforderungen kann die geschlechtsspezifische Differenz mit den Anteilen in den Lohnsegmenten erklärt werden. Die Verteilung der Löhne nach Lohnklassen im Kanton Luzern zeigt etwa, dass Frauen in den tiefen Lohnsegmenten übervertreten sind, Männer in den höchsten Lohnsegmenten. Ein Beispiel, bei welchem das besonders deutlich zum Ausdruck kommt ist das Lohnsegment bis 4000 Franken. 6,4 Prozent aller Männer erzielen einen Bruttolohn von bis 4000 Franken. Bei den Frauen sind das 18,8 Prozent.

Die Luzerner Auswertung hat auch ergeben, dass geschlechtsspezifische Lohndifferenzen branchenspezifisch sind. So betrug der Unterschied im Gastgewerbe nur 5 Prozent, bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen aber über 30 Prozent. Die Lohndifferenz wird also noch weiter Bestand haben, weil Frauenarbeitsplätze tiefer entlohnt werden.

Privatwirtschaft muss handeln

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit hat auch heute nichts an Brisanz eingebüsst. Auch wenn sich die Lohnunterschiede leicht entschärft haben. Auf Vorstösse, welche die Fraktion 2010 eingereicht hatte, war zu erfahren, wie der Kanton die Lohnschere schliessen will. Der Regierungsrat bekräftigte, dass die Frauen sowohl in Prozent wie nominal (frankenmässig) etwas grössere Lohnanpassungen erhielten. Bei Kaderfunktionen sollen Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zusammen mit dem Eidgenössischen Gleichstellungsbüro haben den Lohngleichheitsdialog ins Leben gerufen. Die beitretenden Unternehmen überprüfen, ob die Löhne dem Grundsatz der Lohngleichheit entsprechen. Falls Ungleichheiten festgestellt werden, haben die Unternehmen 4 Jahre Zeit, diese zu beseitigen. Es wäre nun an den Luzerner Unternehmen dem Dialog beizutreten. Mit einem Postulat haben wir den Beitritt des Kantons und der angegliederten Unternehmen gefordert, um als Vorbild auch die Privatunternehmen zu motivieren. Leider wollte weder Regierung noch Parlament etwas davon wissen.

(Quelle: lustat aktuell 2012/02)



Heidi Rebsamen
Kantonsrätin
Luzern



Kritische Stimme zu den aktuellen Vorlagen

Richtige Anliegen – falsche Mittel

Mindestlohn- und 1:12-Initiative. Durchwegs teile ich die Stossrichtungen dieser Forderungen. Aber die Mittel sind die falschen.

Das besondere an der Schweiz ist, dass die Sozialpartner, also die Unternehmer und die Gewerkschaften als Vertreter der ArbeitnehmerInnen, sich seit 80 Jahren einvernehmlich über die Löhne verständigen. Eine Erfolgsgeschichte. Beispielsweise die Demarche für den Mindestlohn von 3000.- Franken. Dies ist der richtige Weg um Forderungen zu erheben und umzusetzen. Daran möchte ich festhalten. Folglich, obwohl ich hohe und gerechte Mindestlöhne befürworte, lehne ich die Initiative ab. Sie übergeht die Sozialpartner und ich finde es falsch, einen Mindestlohn in die Verfassung zu schreiben.

Löhne steigen nicht automatisch

Ähnliche Bedenken bei der 1:12 Initiative. Die Lohnpolitik der Unternehmen vom Staat zu kontrollieren ist aufwendig. Die Umsetzung würde zu schwierigen rechtlichen Fragen und hohen administrativen Kosten führen. Das trifft alle, insbesondere auch die KMU.

Und nur weil die oberen Löhne reduziert würden, erhöhen sich die unteren Saläre nicht automatisch. Auch wäre möglich, dass Unternehmen Stellen im Tieflohnbereich auslagern, damit sie dem Lohndiktat ausweichen können. Die Auswirkungen werden also nicht die gewünschten sein.

Künstlicher Graben in der Gesellschaft

Hinzu kommt ein Zweites. Die Kampagnen, namentlich 1:12, spielen auf «die Reichen», «die Abzocker» und provozieren einen Graben in der Gesellschaft, den es so nicht gibt. Was ich an der Schweiz am meisten schätze, ist die gut integrierte Gesellschaft. Dies äussert sich in verschiedenster Hinsicht. Die Schweiz gehört gemäss der OECD zu den Ländern mit der fairsten Lohnverteilung. Die Verteilung der Einkommen war 2008 sogar etwas ausgeglichener als zehn Jahr zuvor.¹ Zudem kommen Umverteilungsmechanismen zum Tragen. Zum Beispiel zahlen, dank den progressiven Steuern, die 10 % der Steuerpflichtigen mit dem höchsten Einkommen 75 % der direkten Bundessteuern.² Bundesteuern von denen wir alle profitieren. Es geht uns gut.

Gegen Symbolpolitik

Nicht dass ich falsch verstanden werde, ich lehne Löhne über dem Lohn eines Bundesrates grundsätzlich ab, weil niemand einen solchen Lohn verdienen kann. Ich will aber eben auch nicht, dass wir uns zu einer materialistischen Neidgesellschaft entwickeln.

Bleibt die Frage: sollte man nicht trotzdem zustimmen, um «ein Zeichen zu setzen»? Ich bleibe da konsequent. Keine Symbolpolitik. Ich stehe für gerechte Mindestlöhne ein und lehne Lohnexzesse ab, aber nicht so.

¹ Quelle: BFS, Statistischer Sozialbericht Schweiz 2011, Neuchâtel: BFS

² Quelle: Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne»



Alec von Graffenried
Nationalrat Grüne Kanton Bern
Köniz



Junge Grüne bringen Initiative in sieben Stunden zusammen

Rekord für Solarenergie

Wir Jungen Grünen Stadt Luzern können einen ausserordentlichen Erfolg verzeichnen: Wir haben für die Flachdach-Initiative am 5. Oktober über 1000 Unterschriften in nur sieben Stunden gesammelt. Die Initiative fordert eine effiziente und sinnvolle Nutzung von Flachdächern durch Solarenergie, Begrünung und Dachterrassen.

Das Ziel war ambitiös: Die nötigen Unterschriften für die Volksinitiative sollten innerhalb von 24 Stunden gesammelt werden. Dank professioneller Vorbereitung und grossem Effort aller 20 Sammlerinnen und Sammler konnte das Ziel bereits am späten Nachmittag erreicht werden. Damit haben wir das Volksbegehren also am gleichen Tag lanciert und fertig gesammelt.

Die Flachdachinitiative zielt auf eine effiziente Nutzung von Flachdächern ab. Es handelt sich um Flächen, die heute oft unbenutzt sind. Das Volksbegehren fordert deshalb Sonnenenergiegewinnung und ökologisch wertvolle Begrünung auf Luzerner Dächern. Auch Dachterrassen sollen gefördert werden.

Demokratie pur! Wir Jungen Grünen haben in Luzern eine unvergleichbare Leistung erbracht. Die hohe Zahl der Unterschriften und die rekordverdächtige Geschwindigkeit, in der wir sammeln



konnten, zeugt von der breiten Unterstützung der Initiative. Die Luzerner und Luzernerinnen wollen offenbar die Vision einer grüneren Stadt weiter verfolgen.



*Laurin Murer
Grosstadtrat und Kampagnenleiter
Luzern*



Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

Nein zur sogenannten Familieninitiative der SVP

Am 24. November kommt die «Familieninitiative» der SVP zur Abstimmung. Sie verlangt mehr Steuerabzüge und geht damit an den realen Bedürfnissen der meisten Familien vorbei. Ein Nein ist die richtige Antwort darauf.

Familien mit Kindern haben es in der Schweiz schwer. Für viele sind die Kinder – bei aller Liebe – ein wirtschaftliches Risiko. Viele finden kaum eine angemessene günstige Wohnung, viele können sich nur schwer organisieren. Oft müssen beide Eltern für die Finanzierung des Lebensunterhalts voll oder fast voll arbeiten. Ihnen würde ein höherer Lohn helfen. Doch über die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften stimmen wir erst im Frühjahr 2014 ab. Nötig wären eine kinderfreundliche Organisation der Arbeitswelt und bessere Angebote zur Kinderbetreuung. Es ist so: Familien brauchen politische Unterstützung. Dafür stehen wir Grünen ein! Doch das sind nicht die Themen der Initiative.

Nur Gutverdienende profitieren von Steuerentlastung

Die SVP sagt, neue Steuerabzüge für Kinder stärken die Familien. Alle Eltern sollen Betreuungsabzüge machen können, ob mit oder ohne Kosten. Im Effekt würden so die allgemeinen Kinderabzüge erhöht. Die Probleme der Familien aber würden bleiben. Zudem können nur Gutverdienende von Entlastungen bei der direkten Bundessteuer profitieren.

Das hilft den wenigsten. Im Kern meint die Partei aber gar nicht die Steuern, sondern ihr Familienbild. Mann arbeitet für Geld, Frau zu Hause für die Familie: das Hausfrauenmodell als gesellschaftlicher Problemlöser. Nun, man kann sich streiten, welche Art der Kinderbetreuung die beste für die Kinder ist. Klar muss sein: Vorschriften für andere sind keine Lösung. Es ist schon falsch, die Eltern durch steuerliche Massnahmen zu beeinflussen. Wir Grünen sind für die Wahlfreiheit.

Steuerrechtlich falsch

Der Vorschlag der SVP ist steuerrechtlich nicht korrekt. Das Bundesgericht hat errechnet, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Einverdiener-Ehepaaren, die die Kinder selbst betreuen, eindeutig höher ist als jene von Zweiverdiener-Ehepaaren, die für die Betreuung zahlen. Das ist der Grund für das aktuelle Gesetz. Die SVP bestreitet die Berechnung, legt aber keine andere vor. Rechtlich ist klar. Wer professionelle Betreuungsangebote braucht, muss den Aufwand abziehen können. Den haben selbstbetreuende Eltern nicht.

Verfassungsgrundsätze missachtet

Bei den Steuern sind Allgemeinheit und Gleichmässigkeit sowie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit massgebend. Das hält die Initiative nicht ein, die SVP anerkennt die steuerrechtlichen Verfassungsgrundsätze nicht. Die Initianten wissen das und das halte ich für bedenklich. Es ist eine Tendenz, die sich auch bei anderen SVP-Initiativen zeigt. Zum Finanziellen: Laut Initiative soll der Steuerabzug mindestens gleich hoch sein wie bei Eltern, deren Kinder fremdbetreut werden. Bei einem Pauschalabzug von 10'000 Franken ergäben sich für den Bund Mindereinnahmen von 390 Mio. Franken, für die Kantone nochmals 1002 Mio. Franken. Fast 1,4 Mrd. Franken an Kosten sind viel zu viel für eine Massnahme, die mehr Probleme schafft als löst und das Steuerrecht verkompliziert.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne Luzern
Luzern

Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

Parole:

Nein



Vorlage über die Abgabe zur Benützung von Nationalstrassen

100 Franken für Autobahn-Vignette: Nein Danke!

Am 24. November stimmt die Schweiz über den Preis der Autobahn-Vignette ab: 100 statt 40 Franken? Dazu sagte die Fraktion klar nein und die Grünen haben geholfen, das Referendum dagegen zu sammeln. Jetzt gilt es, das Nein durchzusetzen.

Man spricht von der Autobahn-Vignette, doch es geht um viel mehr. Bundesrat und Parlament wollen damit das Autobahnnetz erweitern: 376 Kilometer an Hauptstrassen kämen neu ins Netz. Damit war die Fraktion der Grünen einverstanden. Sie war auch bereit, den Vignettenpreis auf 70 Franken zu erhöhen, um Betrieb und Unterhalt zu finanzieren sowie Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und zum Lärmschutz sukzessive zu verwirklichen. In der Tat ist ein namhafter Teil der Bevölkerung heute Lärmmissionen über den Grenzwerten ausgesetzt.

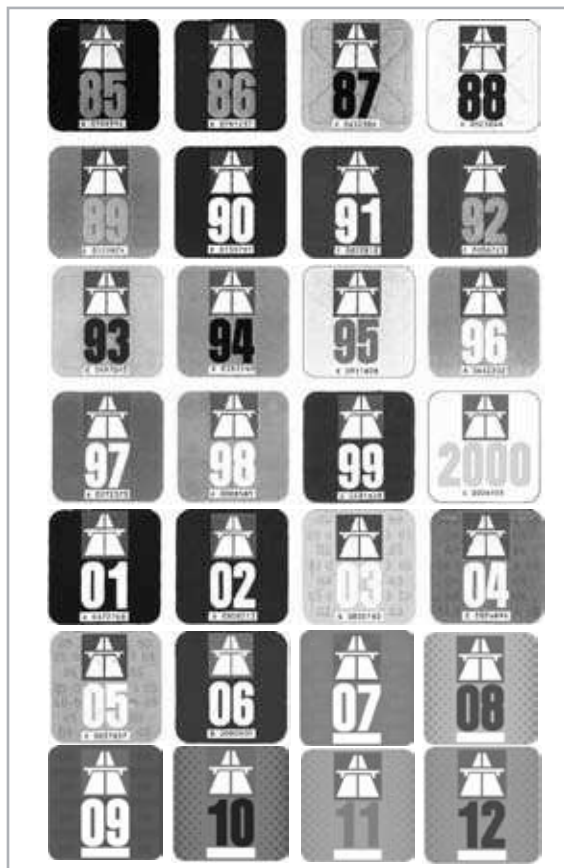
Grüne wollen keine neuen Strassen

Widerstand von uns Grünen erwuchs aber weiteren Strassenneubauten: mit einer Zürcher Oberland-Autobahn, Umfahrungen in Le Locle und La Chaux-de-Fonds, einer Glatttalautobahn und einer Umfahrung Morges ein eigentliches Strassenbauprogramm. Bundesrat und Parlamentsmehrheit nennen diese Projekte «Engpassbeseitigungen». Die Übernahme der kantonalen Vorhaben hat die unschöne «Nebenerscheinung», dass die Kredite nicht der Volksabstimmung unterstellt werden (müssten).

Als das Parlament 1961 das Nationalstrassengesetz annahm, ging man von einem Autobahnnetz von etwa 570 km aus. Kommt die Vorlage des Bundesrats durch, hat es eine Länge von mehr als 2'000 km – viermal so lang wie seinerzeit geplant. Die Schweiz hat das dichteste Autobahnnetz der Welt. Das reicht.

Das Programm kostet Abermilliarden und wäre keine Investition in die Zukunft, sondern im Gegenteil rückwärtsgerichtet und überholt. Dazu drei Punkte:

- Klimawandel: Neue Strassen bedeuten immer mehr Verkehr, und mehr Verkehr heisst noch mehr CO₂-Ausstoss und damit Klimaerwärmung.
- Landverschleiss: Heute werden in der Schweiz täglich etwa 1,3 Hektaren für die Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur überbaut. Den weitaus grössten Teil beansprucht der Strassenbau.
- Lifestyle: Ein weiterer Ausbau des Strassennetzes ist passé. Der Mikrozensus «Mobilität und Verkehr» zeigt, dass immer weniger Jugendliche den Führerausweis machen. Investitionen in Strassen sind die falsche Antwort darauf.



Grundsätzliche Überlegungen zur Mobilität notwendig

Ein Nein zur teuren Vignette ist ein Nein gegen weitere Strassenneubauten. Ein Nein ist aber auch ein Protest gegen fehlende Kostenwahrheit: Externe Kosten für Schadstoffe, Lärm, Gesundheit usw. sind nicht Teil der Verkehrsgesamtrechnung. Auch deshalb wird Mobilität im Übermass nachgefragt. Statt Milliarden zu verbetonieren und verteeren, soll sich die Schweiz fundiert überlegen, wo und in welche Verkehrsinfrastruktur investiert und wie unnötige Mobilität reduziert werden kann – auf Strasse und Schiene!

Dass ACS, TCS und SVP aus Preisgründen ebenfalls opponieren, soll uns nicht beirren. Falsche Politik bleibt falsch, unabhängig von den Allianzen.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne Luzern
Luzern

Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen

Parole:

Nein

Kantonale Abstimmung: Neuorganisation der Aufsicht über die Gemeinden

Ja zum zeitgemässen Schritt

Heute haben die Regierungsstatthalterinnen und –statthalter die Aufgabe, die Aufsicht über die Gemeinden auszuüben und in ausgewählten Gebieten des Zivilrechts und des kantonalen Rechts das Gesetz zu vollziehen. Durch Wegfall von grossen Aufgabenbereichen soll diese Aufsicht neu organisiert und damit in die fachlich zuständigen Departemente des Kantons Luzern eingegliedert werden.

Zwei Regierungsstatthalter und eine Regierungsstatthalterin beaufsichtigen heute 83 Gemeinden unterteilt in drei Ämter (Entlebuch/Willisau; Sursee; Luzern/Hochdorf). Diese Kleinstdienststellen sind dezentral organisiert und kümmern sich «vor Ort» um die Gemeinden. Sie prüfen jährlich die von den Gemeinden einzureichenden vom Gesetz vorgeschriebenen Planungs- und Kontrolldokumente, stellen die Handlungsfähigkeit der Gemeinde sicher und überprüfen die Gemeindeordnung. Weiter sind sie zuständig für die Aufsicht über die Alters- und Pflegeheime, bewilligen den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland und vollziehen das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.

Aufgaben fallen weg

Seit Anfang dieses Jahres ist das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht in Kraft und eine Fachbehörde für dessen Vollzug eingesetzt. Die Aufgaben der RegierungsstatthalterInnen reduzieren sich dadurch um rund 25 Prozent – oder 300 Stellenprozent. Ohne neue Aufgaben, die nicht in Sicht sind, muss die Struktur überdacht werden.

Aufgrund dieser Ausgangslage schlagen Regierungs- und Kantonsrat vor, die Aufsichtstätigkeit in die fachlich zuständigen Departemente einzugliedern. Neu wird im Justiz- und Sicherheitsdepartement das Amt für Gemeinden die allgemeine Gemeindeaufsicht wahrnehmen, im Finanzdepartement übernimmt die Dienststelle Steuern die Finanz- und Steueraufsicht und die Aufsicht über die Alters- und Pflegeheime wird dem Gesundheits- und Sozialdepartement zugeordnet.

Die Gemeinden werden durch die neu erhaltenen Kompetenzen bei Handlungen und Entscheiden nach VRG (Verwaltungsrechtspflegegesetz) gestärkt. So werden sie zum Beispiel künftig über Aufsichtsbeschwerden gegen Mitglieder von Gemeindebehörden selber entscheiden (wie auf anderen Stufen bereits üblich).

Wichtig ist, dass den Interessen der Gemeinden Rechnung getragen wird und die zuständigen Departementsmitarbeitenden weiterhin Beratungen vor Ort durchführen werden.

Die Verfassung wird geändert

Am 24. November 2013 braucht es eine Volksabstimmung über die Vorlage, da es heute in der Kantonsverfassung unter §732 heisst «Der Kanton richtet dezentral organisierte Aufsichtsbehörden ein, welche die Gemeinden unter Respektierung ihres Gestaltungsfreiraums unterstützen. Das Gesetz regelt die aufsichtsrechtlichen Massnahmen.» Mit der Neuorganisation soll eine Eingliederung der Aufsicht über die Gemeinden in die Departemente stattfinden (zentral organisiert), eine Änderung der Verfassung ist somit notwendig – und ebenso eine Volksabstimmung.



Katharina Meile
Kantonsrätin Grüne
Luzern

Neuorganisation der Aufsicht über die Gemeinden

Parole:

Ja

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Kantonale Volksabstimmung: Schaffung eines gemeinsamen Aussenlagers von ZHB und Partnern

Für eine Buchgerechte Lagerung

Der Kanton Luzern hat ein Projekt einer Speicherbibliothek für die Aufbewahrung der Bücher und Zeitschriften der zentralen Hochschulbibliothek (ZHB) erarbeitet. Zusammen mit fünf weiteren Kantons- und Unibibliotheken will er diese Bibliothek betreiben.

Mit hochstehendem technologischem Knowhow (wasser und feuer geschützt, staubfrei) soll unser wertvolles Kulturgut Buch und auch die Grundlage für den Lehr- und Ausbildungsstandort Luzern sicher aufbewahrt werden können. Nötig wurde dieses Projekt, da in der Stadt in der bestehenden Bibliothek am Vögeligärtli die Sicherheit in Bezug auf Feuer und Stabilität nicht mehr gegeben ist und eine Renovation geplant war (eine andere Geschichte). Seit beinahe fünf Jahren sind die Bücher nun im ehemaligen Achermann Lagerhaus in Entlebuch unter prekären Bedingungen gelagert. Büron ist zwar auch etwas weit weg von den Ausleihorten in der Stadt Luzern, doch die ZHB versichert, dass nur zweimal pro Tag eine Lieferung von Büron nach Luzern und zurück stattfinden wird. Weiter positiv zu vermerken ist, dass im Bereich Doubletten nur die Zeitschriftenbestände, welche sehr viele Laufmeter in Anspruch nehmen, reduziert werden. Bei den Büchern wird die Reduzierung von Doubletten sehr restriktiv vorgenommen.

Kosten von 28,8 Millionen Franken

Die Speicherbibliothek wird von den beteiligten Bibliothekskantonen gemeinsam gebaut. Dazu wird eine Aktiengesellschaft und für den Betrieb ein Verein gegründet. Als Nutzerin entstehen der ZHB Vollkosten in der Höhe von 2,48 Millionen Franken

pro Jahr. Da gemäss dem Finanzrecht wiederkehrende Ausgaben auf zehn Jahre hochgerechnet werden müssen, ergibt sich eine Summe von 24,8 Millionen Franken. Mit der Einlage ins Aktienkapital (Annahme 4 Mio. Fr., inkl. Wert des Grundstücks in Büron) erreicht die Dekretssumme 28,8 Millionen Franken. Ein entsprechender Ausgabenbeschluss liegt in der Kompetenz des Kantonsrates und unterliegt obligatorisch der Volksabstimmung. Deshalb stimmen wir in November darüber ab. Die grüne Fraktion empfiehlt ein Ja.



*Monique Frey
Kantonsrätin, Mitglied der Erziehungs-,
Bildungs- und Kulturkommission (EBKK)
Emmen*

Schaffung eines gemeinsamen Aussenlagers von Zentral- und Hochschulbibliothek und Partnern

Parole:

Ja

Natürlich Bio: Luzern, Meggen, St. Niklausen.



Bio-Metzgerei Moosmatt	Bio-Metzgerei Meggen	Bio-Hofladen Mättwil
Moosmattstr. 17, Luzern	Am Dorfplatz 1, Meggen	St. Niklausen / Luzern
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30	Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30	Freitag 14-19
Sa 8-16 durchgehend	Sa 8-16 durchgehend	Sa 8-13 durchgehend



Ueli & Hof
www.uelihof.ch

Wechsel in der Kantonsratsfraktion

Rücktritt aus dem Kantonsrat – Herzlichen Dank

In der Junisession 2013 ist Alain Greter (48, Luzern) aus dem Kantonsrat zurückgetreten. Aufgrund der kontinuierlich gestiegenen Doppelbelastung durch Geschäft und Kantonsratsmandat sah sich Alain leider gezwungen, die Prioritäten neu zu setzen und sein Mandat abzugeben.



Alain gehörte dem Kantonsrat seit 2007 an. Als Mitglied der Kommission für Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK), Vorstandsmitglied der Grünen Stadt Luzern und stark vernetzt arbeitender Politiker kannte Alain keine halben Sachen. Welcher Angelegenheit er sich auch immer annahm, so geschah es mit einem überdurchschnittlichen Engagement. Alain verschaffte sich durch seine sachbezogene Art, seine fundierte Arbeitsweise und seine grossen Faktenkenntnisse namentlich in Energie-, Umwelt- und Raumplanungsfragen Anerkennung weit über die Parteigrenzen hinaus. Kein Politiker der lauten und lärmigen Töne, war ihm die kontinuierliche, hartnäckige und in der Konsequenz eben auch arbeitsaufwändige Aufgabe wichtig, den Kanton Luzern ökologisch nachhaltig, sozial und kulturell generationenverträglich zu gestalten.

Nachhaltigkeit statt eindimensionaler Wachstumspolitik

Die Fraktion der Grünen verliert mit dem Rücktritt eine Stimme, die statt Standort- und Steuerwettbewerb-getriebener Wachstumspolitik den Podestplatz im Nachhaltigkeits-Ranking forderte. Ob Villenzonen, Heizpilze, ZHB, Energieeffizienz oder dem Ausbau der demokratischen Rechte, Alains Vorstösse waren vorausblickend und bleiben aktuell. Die darin aufgezeigten Sachverhalte, nachgewiesenen Handlungsbedarfe und Anstösse zum Umdenken werden auf der politischen Agenda zwangsläufig wieder erscheinen.

Vor vollem Saal

Vor einem vollen Saal hin stehen, die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt sehen und dann laut und deutlich komplexe Sachverhalte in verhältnismässig kurzer Zeit erläutern: paradoxerweise setzte Alain bei seinem Amtsantritt genau in diese Polittätigkeiten die grösseren Fragezeichen. Wir von der Fraktion können nur fest stellen, dass die Sorgen unbegründet waren und hoffen, dass Alain irgendwann wieder einmal nötige Zeitfenster und Entlastungen bekommt, um sein rhetorisches Talent in einer politischen Ratsarbeit einzubringen. Doch vorerst wünschen wir dir Alain, alles Gute und hoffen, dass du als Co-Geschäftsführer der Buchhandlung Alter Ego deinem Ausspruch in einer der unzähligen Ladenöffnungszeiten-Debatten Genüge tun kannst, wonach du nicht nur Bücher verkaufen, sondern auch Zeit zum Lesen von Büchern haben möchtest. Herzlichen Dank für deine grosse geleistete Arbeit, Alain!

Eintritt in den Kantonsrat – Herzlich Willkommen, Michèle Bucher

In der zweiten Junisessions-Hälfte legte Michèle Bucher als nachrückendes Fraktionsmitglied im Rat das Gelübde ab. Michèle Bucher (32) lebt mit ihren



drei Töchtern und ihrem Partner in der Stadt Luzern. Beruflich ist die Juristin/Mutter als juristische Mitarbeiterin des Rechts- und Parlamentsdienstes im Kanton Nidwalden tätig. Sie vertritt die Grünen in der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK). Die Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Fraktionsmitglied und wünscht ihr alles Gute!



Nino Froelicher
Kantonsrat
Luzern

Grüne kämpfen um Vertretung in Gerichten & Strafverfolgungsbehörden

Mehr Grüne in der Judikative

In den späten 1980er Jahren gingen die Grünen Luzern bis vor Bundesgericht, um den freiwilligen Proporz einzufordern. Wir freuen uns über die seither erzielten Fortschritte, doch ist Beharrlichkeit weiter nötig. Den Grünen wird im Kanton Luzern nichts geschenkt. Denn noch immer tun sich die beiden Parteien CVP und FDP manchmal schwer damit, ihre nach wie vor bestehende Übervertretung anzuerkennen und Macht abzugeben.

Inhaltlich erkannte das Bundesgericht im Februar 1990 im Zusammenhang mit der Klage der Grünen Luzern betreffend § 96 StV (Staatsverfassung Kanton Luzern), dass von einer Verletzung der Verfassungsnorm gesprochen werden müsse, wenn eine politische Partei systematisch und bei mehreren Gelegenheiten, bei denen sie hätte berücksichtigt werden können und wo sie sich mit geeigneten Kandidaten um eine Vertretung bewarb, übergangen wird.

Wieso sind die RichterInnen parteigefärbt?

Verschiedentlich wird noch heute bezweifelt, warum die Sitzansprüche unter den Parteien aufgeteilt werden sollen. Dem ist klar entgegenzuhalten: Das Kollegium der Richterpersonen soll durchmischte sein und das Volk repräsentieren. Daraus entstand der Gedanke, die Richterstellen entsprechend der Parteienstärke zu vergeben. Dies heisst heute konkret, dass – gestützt auf die erzielten Wähleranteile – errechnet wird, welche Partei

wie viele Stellen resp. Pensen in den Gerichten und der Strafverfolgungsbehörde zustehen. In den letzten Jahren haben wir erfolgreich darauf hingewirkt, dass diese Zahlen, aufgeschlüsselt nach Stellen und Pensen, erstmals transparent in einer Zusammenstellung erscheinen und Grundlage für die Verhandlung über die Parteienansprüche in der Geschäftsleitung des Kantonsrates bilden.

Unsere Personen in den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden

Als Fraktion war und ist es uns ein grosses Anliegen, dem freiwilligen Proporz mit überzeugenden und fachlich qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten kontinuierlich zum Durchbruch zu verhelfen. So haben wir beispielsweise erstmals am Kriminalgericht und in der Staatsanwaltschaft Fuss fassen können, wo wir inexistent waren.

Dieses Jahr haben Ober- und Verwaltungsgericht zum neuen Kantonsgericht fusioniert, auch standen diverse Erneuerungswahlen bei den Fachbehörden an. Wir nutzen die Gelegenheit, um einen Überblick über unsere Vertreterinnen und Vertreter zu geben und möchten uns bei dieser Gelegenheit für die sehr erspriessliche Zusammenarbeit bedanken.



Nino Froelicher
Kantonsrat
Luzern

Behörde	Person	Zuteilung/Funktion/aktuelles Pensum	Erstwahl
Staatsanwaltschaft	Tresch Andrea	Staatsanwaltschaft (80%)	2012
	Piller Dominique	Staatsanwaltschaft (100%)	2013
Kantonsgericht	Wolfisberg Eva	Vollamt (100%), seit 1.10.12: Präsidentin der 1. Abteilung der Kammer I	1996
	Wiprächtiger Roland	Hauptamt (50%)	1997
	Wicki Peter	Ersatzmitglied (<20%)	2006
	Bachmann Lilian	Ersatzmitglied (30%)	2010
Erstinstanzliche Gerichte	Fankhauser-Feitknecht Vivian	Bezirksgericht Kriens (100%), Wahl 2011 zur Abteilungsleiterin	1997
	Emmenegger Kilian	Kriminalgericht (100%)	2010
	Rüede Schaufelberger Andrea	Bezirksgericht Luzern (80%)	1993
	Studer Sabine	Bezirksgericht Luzern (50%)	2007
Fachbehörden	Blättler Rita	Schlichtungsbehörde Gleichstellung	2010
	Schwaller Bruno	Verwaltungsgericht, Fachrichter	1993
	Habermacher Sepp	Schätzungskommission, Vizepräsident <i>Kommission wird in absehbarer Zeit aufgehoben</i>	1991

Initiative Ergänzungsleistungen für Familien

«Es könnte jeden treffen!»

Die von den Grünen lancierte Initiative ist nach einem Halben Jahr kurz vor der Einreichung. Ruth Bollinger hat ein Gespräch mit einer alleinerziehenden Mutter, welche direkt von der Problematik betroffen ist, welche die Initiative angehen möchte gesprochen.

Frau Eschmann* schildert mir ihre Situation. Sie ist jetzt alleinerziehend, lebt mit ihren vier Kindern im Kanton Luzern. Die beiden Grösseren sind fast erwachsen, die Kleinen im Vorschulalter. Vor einem Jahr trennte hat sie sich von ihrem Mann. Sie nahm eine Stelle an, an der sie überhaupt nicht glücklich war. Alles war zu viel, sie wurde krank und kündigte die Stelle. Da stand sie nun. Zwar erhielt sie Alimente von ihrem Mann. Das war aber auch alles – und reichte ganz und gar nicht für den Lebensunterhalt von fünf Personen. Von der Arbeitslosenkasse erhielt sie nichts, da sie selbst gekündigt und weniger als ein Jahr an der letzten Stelle gearbeitet hatte. Versicherungsbeträge hatte sie immer einbezahlt; auch während ihrer Ehe war sie die meiste Zeit berufstätig gewesen, ausser nach den Geburten der Kinder. Aber nun erfüllte sie die Rahmenbedingungen nicht, um Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Praktisch von einem Tag auf den andern hatte sich alles geändert. «Ich hatte nur die Alimente. Für fünf Personen reichte das hinten und vorne nicht. Der Gang

zum Sozialamt fiel mir sehr schwer. Aber er war unausweichlich.»



Problem Wohnungsmiete

Das Sozialamt übernahm dann einen Teil ihrer Kosten, z.B. den Mietzins für die Zeit bis zum nächsten Kündigungstermin. Dann hätte sie eigentlich eine billigere Wohnung suchen müssen. Der Mietzins, den das Sozialamt übernimmt, beträgt 1600.- Fr.



«Finden Sie mal eine 5 1/2-Zimmer-Wohnung für diesen Preis! Das ist doch ein Witz. Ich wollte unbedingt in der Wohnung hier bleiben. Erstens ist die ja auch günstig, für 5 1/2 Zimmer. Und die Kinder und ich, wir wollen in unserem sozialen Umfeld bleiben. Das ist doch auch ganz wichtig, gerade wenn die familiäre Situation schwierig ist. Dafür hatte Herr B. vom Sozialamt zum Glück viel Verständnis. Nun muss ich einfach die Differenz von Fr. 600.- für die Wohnungsmiete selbst bezahlen.» Natürlich hätte sie mehr Geld zur Verfügung, wenn sie eine billigere Wohnung hätte. Aber ob es ihnen besser ginge, bezweifelt Frau Eschmann sehr.

Sparen bei alltäglichen Ausgaben

Frau Eschmann betont, dass sie eigentlich eine ganz normale Familie sind. Die ältere Tochter macht eine Lehre. Weil sie schon volljährig ist, erhält sie für sie keine Zulage mehr. Verena* wohnt und isst zuhause, alle persönlichen Auslagen bestreitet sie selbst von ihrem Lehrlingslohn. Ein regelmässiger Beitrag geht auch auf ein Separatkonto für eine spätere Weiterbildung. Jean* geht ins Gymi. Er hat ganz normale Hobbies, nicht extrem teuer, aber doch muss die Mutter Grenzen ziehen und sagen: «Das können wir uns jetzt einfach nicht leisten.» Auch für die Schule fallen Kosten an, hier 40.- Fr. für einen Ausflug, dort ein Beitrag von 50.- Fr. Computer, Internet, Drucker – das hat man einfach zu haben. Ärgerlich findet sie vor allem, dass ganz selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass die Eltern das bezahlen können.

Soziale Isolation nach Trennung

Als sie mit ihrem Mann zusammen war, ging es ihnen finanziell gut. Er hatte einen 100%-Lohn, sie arbeitete meistens Teilzeit. Luxuriös lebten sie auch da nicht, aber sie konnten sich doch etwas leisten. Jetzt, sagt sie, hat sie ein sehr knappes Budget. Sie plant sehr gut, stattet die Kinder an der Kinderkleiderbörse aus. «Das hätte ich früher vielleicht nicht gemacht, aber sie sind super angezogen». Sie nutzt Aktionen für den alltäglichen Bedarf. Sich selber gönnt sie aber keine Extras. Kino, mal fein Essen gehen mit ihren Freundinnen, das liegt zur Zeit nicht drin. Sparen kann sie nichts und auch Ferien könnten sie vergessen, wenn nicht die Eltern sie eingeladen hätten. So gibt's nun Camping-Ferien im Tessin.

Das Ärgste hat Frau Eschmann hinter sich. Nach den Sommerferien hat sie wieder Arbeit. Das wollte sie immer. «Ich kann mir nicht vorstellen, zuhause zu bleiben und zu denken, das Sozialamt kommt ja für meinen Lebensunterhalt auf. Aber Ergänzungsleistungen hätten mir in meiner Situation sehr geholfen!»

* alle Namen geändert



Ruth Bollinger
Vorstand Grüne
Luzern

**Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben**

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch

**patrick
STEINER**

Die Idee von Ihnen
Das Holz aus der Region
Die Qualität vom Schreiner

Stefan Suhner, Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8, 6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83
www.holzding.ch

Volksabstimmung zur Unterstützung durch Darlehen an die ewl

Umsetzung der Energie- und Klimastrategie

Über die Initiative der Jungen Grünen «Strom ohne Atom» haben wir im November 2011 abgestimmt. Die Initiative erhielt einen Ja-Stimmenanteil von 52,1%. Der Gegenvorschlag vom Stadtrat erhielt Zustimmung von 68,4%. Die Stichfrage entschied zugunsten des Gegenvorschlags.

Luzern setzte sich damit zwei Ziele: Bis 2045 den Atomausstieg zu schaffen und die 2000-Watt-Gesellschaft zu realisieren. Die ewl erhielt mit dieser Abstimmung klare Zielvorgaben, u.a. auch, dass sie keine neuen Abnahmeverträge für Strom aus Kernkraftwerken eingehen darf.

Wir Grünen waren uns immer bewusst, dass die Energiewende keine einfache Aufgabe ist. Es braucht ein konsequentes Umdenken in vielen Lebensbereichen. Es braucht kreative Lösungen, und es ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die uns in vielen verschiedenen Lebensbereichen trifft.

Was wir nie verschwiegen, es wird uns auch etwas kosten.

Darlehen der Stadt ist nachvollziehbar

Die ewl ist als kleines Unternehmen besonders gefordert. Es gilt, die Geschäftsfelder zu bewirtschaften, die energiepolitisch eine Zukunft haben. Das Projekt Fernwärme im Littauerboden ist eines davon. Damit die ewl ihre verschiedenen Projekte umsetzen kann, braucht sie Kapital. Sie hat sich in den letzten Jahren eigenes Kapital erwirtschaftet, das sie nun einsetzen kann. Aber dieses allein reicht nicht.

Aus Sicht der Grünen Fraktion ist es nachvollziehbar, dass die ewl als hundertprozentige Tochter der Stadt Luzern die Stadt um ein Darlehen fragt. Nun hat aber die Stadt bekanntlich auch kein Eigenkapital, das sie der ewl einfach ausleihen könnte. Aber sie hat bei den Banken bessere Bedingungen als die ewl.

Risiko liegt auf jeden Fall bei der Stadt

Damit kommen wir energiepolitisch einen Schritt weiter: die ewl investiert in energiepolitisch sinnvolle Projekte und die Stadt stellt dazu einen Teil des Kapitals zur Verfügung. Für dieses Kapital wird von der ewl ein Zins bezahlt, der über dem liegt, den die Stadt der Bank bezahlen muss.

So haben wir drei Gewinner: die Energiewende, die damit einen kleinen Schritt vorangetrieben wird, die ewl, die zu günstigen Konditionen Geld bekommt und die Stadt Luzern, die ihrer Tochter gegen Zinsen Geld ausleiht.

Das Risiko liegt bei der Stadt. Das ist uns durchaus bewusst, aber dieses Risiko haben wir immer, denn die ewl gehört zu 100% der Stadt.

Die Grüne Fraktion des Grossstadtrates hat der Vorlage einstimmig zugestimmt, zusammen mit den Parlamentsmitgliedern aller anderen Parteien.



*Katharina Hubacher
Grosstadträtin
Luzern*

Umsetzung der Energie- und Klimastrategie:
Finanzielle Unterstützung durch Darlehen an die
ewl Energie Wasser Holding AG

Parole:

JA



Veranstaltungsreihe Grüntee

Aus den kantonalen und nationalen Parlamenten



Interesse an Politik? Aus direkter Hand erfahren, was im Bundes- und Kantonsparlament abläuft? Lust auf Mitarbeit im Parlament oder Inputs

zu geben? Dazu bietet die Veranstaltungsreihe «Grüntee» viermal im Jahr Gelegenheit. Das letzte mal am 14. Dezember 2013.

ab 17. Oktober
THE LOOK OF LOVE
von Michael Winterbottom

ab 17. Oktober
LE THÉ OU L'ÉLECTRICITÉ
von Jerome Le Maire

stattkino

ab 24. Oktober
TAKE OFF
von Bruno Moll

ab 31. Oktober
LA CLÉ DE LA CHAMBRE À LESSIVE
von Fred Florey & Floriane Devigne

ab 6. November
PLAY
von Ruben Östlund

14. – 20. November
PINKPANORAMA 2013

ab 21. November
WATERMARKS
von Luc Schaedler

ab 21. November
WORKERS
von José Luis Valle

ab 19. Dezember
KARMA SHADUB
von Ramon Giger

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm

www.stattkino.ch

5. – 10. Dezember
FILMTAGE LUZERN: MENSCHENRECHTE

stattkino
im Bourbaki Panorama Luzern
Reservationen 041 410 30 60

Volksabstimmung zum Gegenvorschlag zur Veloinitiative

Sichere Veloverbindung von Kriens nach Luzern

Nach Ebikon fahren wir VelofahrerInnen sicher auf der Kaspar Koppstrasse, wo sonst nur Anwohner zufahren dürfen. Nach Emmenbrücke gelangen wir der Reuss entlang – autofrei. Die Stadt umfahren wir mittlerweile ganz passabel auf der Taubenhausstrasse und sogar der Kantonsrat setzt sich ein, dass auch Horw bald über das Zentralbahntrasse autofrei erschlossen wird.

Nur Kriens kommt nicht vom Fleck. Nach Kriens fährt man auf der stark befahrenen Schachen- / Amlehnstrasse mit einer abstrusen Kernfahrbahn auf der Autos kreuzen dürfen. Die Autos tun das natürlich auch und landen damit unweigerlich auf dem ohnehin schmalen Radweg. Oft bleibt nur panische Flucht aufs Trottoir.

Initiative der Jungen Grünen

Eine Initiative der Jungen Grünen Kriens hat die im Richtplan (für Behörden verbindlich) verankerte Sperrung gefordert. Dem Gemeinderat war die Sperrung zu einschränkend. Er sieht mehrere Massnahmen vor, die den Strassenraum aufwerten und für die Velofahrenden und die Anwohner sicherer und attraktiver macht.

Daraufhin haben die Jungen Grünen die Initiative zurückgezogen und die Planung hätte losgehen können. Das war der SVP zu konstruktiv. Sie hat das Referendum ergriffen und will damit dem Einwohnerrat und dem Gemeinderat das Denken verbieten. Nämlich das Nachdenken über eine bessere Lösung. Dafür jammert die SVP ständig über die heutige Situation.

Alle Parteien sind dafür

Immer das gleiche: Ganz Kriens schreit nach Verbesserungen im Verkehr. Alle wissen, dass jeder, der sich in den Bus setzt oder das Velo nimmt, die Hauptachse entlastet. Sobald aber die geringste Verbesserung nur schon angedacht wird, ist auch das wiederum falsch.

Schade und unverständlich für alle konstruktiven Kräfte inklusive Gemeinderat. Immerhin haben im Einwohnerrat alle Parteien mit Ausnahme der SVP den Vorschlag des Gemeinderats unterstützt.

Wir bitten deshalb alle, für das Anliegen zu werben und an die Urne zu gehen. Nur mit einem Ja kann auch Kriens in die ohnehin noch nicht hohe Liga der anderen Gemeinden aufsteigen.



Erich Tschümperlin
Einwohnerrat
Kriens

Gegenvorschlag zur Veloinitiative

Parole:

JA

MV ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvlu@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Wahl von Andreas Kappeler ins ER Präsidium Emmen, 2013/2014

Ratspräsidium geht erstmals an Grüne

Die 1. August-Rede musste er dieses Jahr noch nicht halten, denn das Amtsjahr begann erst am 1. September. Nach der glanzvollen Wahl zum Präsidenten im Einwohnerrat mit 37 zu 0 Stimmen hätte sich aber Andreas gleich profilieren können, dass er ein Politiker mit Ecken und Kanten ist und das Wahlresultat seine breite Akzeptanz symbolisiert und nicht einfach nur weil er «everybodies darling» ist.

In der fünfzigjährigen Geschichte des Emmer Einwohnerrates ist Andreas der jüngste Präsident und der erste Grüne. Das «historische Ereignis» haben wir am 2. Juli im Gersag Zentrum mit einem internationalen Apéro und anschliessendem Essen launig gefeiert. Ob Andreas gleich die Welt erobern wird? Ausprobiert hat er es auf jeden Fall schon mal auf dem Ball der Jubla Santa Maria (Bild).



Sicher ist er ein einheimisches Emmer Gewächs, trotz Migrationshintergrund. In Emmen aufgewachsen und mit einem kurzen Abstecher während der Studienzeit in Bern, wohnt er nun wieder hier. Noch immer ist er aktiv im Ex-Club der Jubla St. Maria und kochte auch dieses Jahr wieder im Lager auf dem Ricken. Daneben bastelt er mit der Chaostruppe jedes Jahr einen Fasnachtswagen. Die aktiven Grünen kennen auch seine zweite Leidenschaft: die Open Airs in der Schweiz und Deutschland. Er ist interessiert an einer breiten Musikkpalette, so breit wie seine Freundschaften.

Andreas der Politiker

Doch Andreas lässt sich nicht einlullen von sun, fun and nothing to do sondern gestaltet aktiv mit. In der Emmer Politik, ist er seit seinem Einsitz in den Einwohnerrat im 2005 nicht mehr wegzudenken. Seit zwei Jahren ist er Präsident der SP/Grüne/GLP Fraktion und Mitglied in der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission. Vorher war er Vertreter unserer Fraktion in der Bau- und Verkehrskommission. Weiterhin scheut er sich nicht mit Vorstössen verkrustete Strukturen zu hinterfragen, wie kürzlich mit dem Vorstoss zum VLG.

Bereits seit zwei Jahren hat er sein Hobby Politik zum Beruf gemacht und amtiert als politischer Sekretär der Grünen. In sein Ressort gehört in erster Linie die Stadtpolitik. Ideal um Synergien zu entwickeln auch für die Emmer Politik.



In seiner Amtsantrittsrede (Bild) beschrieb er seine Aufgabe als Vermittler zwischen Politik und EinwohnerInnen. Ich wünsche ihm, dass er dank seiner Begeisterung für die politische Arbeit einige Funken in dieser Gemeinde zum Zünden bringt. Ich danke ihm herzlich, dass er, auch für uns Grüne, diesen Job übernommen hat.



Monique Frey
Präsidentin Grüne Emmen
Emmen

Jahreszeitenpalaver: Steuersünder vergolden – IV-Rentner verfolgen

Datenschutz – ein Machtmittel?

Herbstpalaver mit Ueli Mäder: Wenn der wohl bekannteste Soziologe der Schweiz ein Kurzreferat hält und selber mitpalavert, dann interessiert das Menschen jeglichen Alters. Das Palaver vom 9. September in Simon Krafts Kostgeberei kreiste vor allem um die Frage sozialer Ungleichheiten.

Ueli Mäder zeigte in seinem Input, dass Reiche dank Bankgeheimnis problemlos Steuer-Millionen am Fiskus vorbeischleusen – und stolz darauf sind (vgl. *Wie Reiche denken und lenken*, Rotpunktverlag, 2010). Umgekehrt haben Arme allfällige Steuerschulden abzustottern, sie müssen dazu alles offenlegen. Auch beim Datenschutz entscheiden also gesellschaftliche Hierarchien. Diese sind geprägt von einem quasi internalisierten Mechanismus: Starke treten Schwache, Schwache kuschen gegenüber Starken. Kommt dazu, dass es mit den früheren Zwangsgeborgenheiten vorbei ist. Individualismus und Coolness sind en vogue; der Wirtschaftsliberalismus der letzten Jahrzehnte hat die soziale Brisanz verschärft. Und das wird von den Reichen erst noch als ganz normal angesehen, schliesslich ist Wettbewerb ja gut – wenn man eh schon oben ist. Da stellt sich die Frage, wo das staatliche Korrektiv bleibt. Und damit begann das eigentliche Palaver...

Solidarität als wichtiger Faktor

Beginnen wir mit den guten Nachrichten: Es ist nicht alles schlechter geworden. Neue soziale Bewegungen, die unter alten Zwangsgeborgenheiten nicht möglich gewesen wären, artikulieren sich: Sie stellen nichts weniger als die Frage nach dem besseren Leben, nach dem Glück, nach der gemeinsamen Vernunft, nach der Rolle des Staates. In der Steuerpolitik z. B. ist die Pauschalbesteuerung heute (auch dank grüner Initiativen) nicht mehr in Stein gemeisselt. Im entsprechenden Diskurs spielt Solidarität wieder eine Rolle. Und wohl noch selten gab es so viele Initiativen, welche die sozialen Ungleichheiten verringern wollen (vgl. 1:12-Initiative, Ergänzungsleistungen für Familien, u. a. m.). Aber wird sich auch etwas ändern?

Konkurrenzdenken fördert Korruptierbarkeit

Womit wir bei den schlechten Nachrichten sind: Wirtschaftsliberalismus und Leistungsgesellschaft – jeder ist seines Glückes Schmied! – führen zu mehr Depressionen, Burnouts, zu Resignation, aber teilweise auch zu Wut. Diese richtet sich zumindest teilweise gegen «Scheininvaliden», gegen Fremde, gegen unten. Also kann die Sozialhilfe durchaus gekürzt werden, wie etwa im Kanton Bern geplant. Zunehmende Entfremdung und Entsolidarisierung gehen Hand in Hand. Und das natürlich auch im globalen Rahmen. Konkurrenzdenken fördert die

Korruptierbarkeit. Kurz: Die Welt ist auf dem direkten Weg in die Endphase des Kapitalismus. Aber wird nachher alles besser?

Wohl kaum, aber auch nicht schlechter. Und deshalb hier noch Nachrichten, von denen nicht ganz klar ist, ob sie nun gut oder schlecht sind: Die Sozialquote ist in den meisten Wohlstandsländern seit den 70er-Jahren rückläufig und dennoch glauben die allermeisten, die Sozialausgaben würden munter weiter wachsen. Oder: In der Schweiz gibt es mehr unter 19-jährige als über 65-jährige Menschen; dennoch glauben die meisten ans Märchen von der sogenannten Überalterung.

Fazit

Soziale Ungleichheit muss immer wieder thematisiert werden – sei es an einem Palaver, sei es mit Initiativen und Abstimmungskämpfen. Und auch wenn das hin und wieder mühselige Kämpfe sind, so sind es doch keine einsamen – siehe Palaver in der Kostgeberei.



Hanspeter Hug
Luzern

natur-farben.ch
kurt unternäherer
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Grüne Lounge: Ausflug in die vielfältige Natur des Seetals

100-Sorten-Most, Schaumwein oder einfach so

Der jährliche Ausflug führte die Mitglieder der Gönnervereinigung Grüne Lounge dieses Jahr ins Seetal. Die Region hat nicht nur eine wunderschöne Landschaft mit See und Bergen zu bieten, sondern vermittelt dem Besucher einen fantastischen Einblick in die Vielfalt der Natur – vor unserer Haustüre.

Am Bahnhof Baldegg holten Obstbauer Thomas Troxler sowie Roger Hodel von Pro Natura die TeilnehmerInnen ab. Die kleinen Wunder der Natur liessen die gemütlich um den See wandernde Gruppe immer wieder einen Halt einlegen: Egal ob wild gewachsene Birnen-Bäume in der Badi, Frösche im Teich oder Fische und Insekten im Baldeggersee: Man braucht bloss aufmerksam die Augen offen zu halten, um die Vielfalt von Flora und Fauna zu erkennen!

Nach dem Marsch, vielen spannenden Gesprächen und bei etwas trockener Kehle kam der Apéro auf dem Hof von Thomas Troxler in Nunwil gerade recht. Die Gruppe wurde nicht nur gepflegt mit Brot, Käse und gedörrten Früchten, sondern auch mit dem 100-Apfelsorten-Most und feinem Apfelschaumwein! Das Gute liegt eben doch nah – dieser Gedanke kam bei der Präsentation der vielfältigen Obstsorten und beim Genuss des Apéros wohl so mancher zufrieden-gesättigten TeilnehmerIn.



Rahel Estermann
Sekretariat, Vorstand Grüne Luzern
Luzern



Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch.

Emmen

Monique Frey
monique.frey@gruene-luzern.ch

Horw

Caroline Wiezel
caroline.wiezel@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Marco Müller
marco.mueller@gruene-luzern.ch

Meggen

Ursa Sigrist
ursa.sigrist@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Raoul Niederberger
rniederberger@gmx.ch

Parolen zu den Abstimmungen vom 24.11.2013

Vorlagen auf Bundesebene:

Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»	Ja
Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»	Nein
Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen	Nein

Vorlagen Kanton:

Neuorganisation der Aufsicht über die Gemeinden	Ja
Schaffung eines gemeinsamen Aussenlagers von Zentral- und Hochschulbibliothek und Partnern	Ja

Vorlage Kriens:

Gegenvorschlag zur Velonitiative	Ja
----------------------------------	----

Vorlage Stadt Luzern:

Umsetzung der Energie- und Klimastrategie: Finanzielle Unterstützung durch Darlehen an die ewl Energie Wasser Holding AG	Ja
---	----

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Agenda

November 2013

Sa	9.11.		Delegiertenversammlung Grüne Schweiz
Mo	11.11.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt Luzern, Seki
Sa	16.11.	9.00–12.00	Standaktion Unterschriftensammlung Referendum Gripen
Mo	18.11.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki
Mo	25.11.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt Luzern, Seki

Dezember 2013

Mo	2.12.		Redaktionsschluss Rundbrief 1/14
Mo	9.12.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Kanton, Seki
Mi	11.12.		Dankbar, Gassechuchi, Luzern
Sa	14.12.	10.30	Grüntee, Contenti, Gibraltarstrasse 14

Januar 2014

Mo	6.1.	19.00	Vorstandssitzung Grüne Stadt Luzern
Mo	13.1.	18.00	Jahreszeitenpalaver
Sa	25.1.		Delegiertenversammlung Grüne Schweiz

Immer aktuell ist der Terminkalender der Grünen auf www.gruene-luzern.ch. Dort kann man auch den Newsletter abonnieren um neben den Hinweisen auf Grüne Termine auch auf Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert zu werden.

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, sekretariat@gruene-luzern.ch, PC 60-16103-5
 Redaktion: Rahel Estermann, Andreas Kappeler, Edith Lanfranconi, Katharina Meile, Patrick Schaller
 Korrektorat: Marie-Theres Kappeler
 Fotos: Sabina Oehninger, Karin Saturnino

Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch
 Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, info@gegendruck.ch
 Erscheint 4x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare;
 Abonnement: ein Jahr Fr. 30.–, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.–



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Ergänzungsleistungen für Familien

Die Initiative ist nahezu fertig gesammelt. Wir sind zuversichtlich die notwendigen Unterschriften schon nach knapp der Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit beisammen zu haben und die Initiative einreichen zu können. Dies ist nur möglich, weil unzählige Personen im eigenen Umfeld und vor Allem stundenlang auf den Plätzen und Strassen im ganzen Kanton am Unterschriften sammeln waren. Nur so ist es mit den begrenzten finanziellen Mitteln der Grünen möglich, im Kanton Luzern eine Volksinitiative zu lancieren.

Mit dem einreichen der Initiative Ergänzungsleistungen für Familien, ist aber erst die Hälfte geschafft. Wenn Regierungsrat und Kantonsrat sich mit der Initiative auseinander gesetzt haben, müssen wir eine Kampagne fahren, die neben dem Einsatz auf der Strasse auch wieder nach finanziellen Mitteln verlangt.

Wir sind froh über jede Unterstützung, die hilft dem Anliegen eines familienfreundlicheren Kantons, zum Durchbruch zu verhelfen.

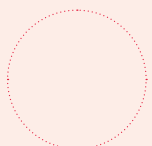
Michael Töngi
Vorstand Grüne Luzern



pp, 6000 Luzern 7

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta	+ Einzahlung Giro +	+ Versement Virement +	+ Versamento Girata +
Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento	
Grüne Luzern des Kantons Luzern 6004 Luzern	Grüne Luzern des Kantons Luzern 6004 Luzern	Ergänzungsleistungen für Familien	
Konto / Compte / Conto 60-16103-5 CHF	Konto / Compte / Conto 60-16103-5 CHF	Einbezahlt von / Versé par / Versato da	
<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	_____	_____
Einbezahlt von / Versé par / Versato da		_____	_____
_____		_____	_____
_____		_____	_____
_____		_____	_____

105



Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

600161035>
600161035>

44102